

Kassen brauchen mehr Aufsichtsfreiheiten

Demnächst sollen Kassenvorstandsgehälter vom Bundesversicherungsamt (BVA) vorab genehmigt werden. Dieses Vorhaben stößt beim Verwaltungsratsvorsitzenden der BARMER GEK, Holger Langkutsch, auf Unverständnis.

Demnächst sollen Kassenvorstandsgehälter vom Bundesversicherungsamt (BVA) vorab genehmigt werden. Dieses Vorhaben stößt beim Verwaltungsratsvorsitzenden der BARMER GEK, Holger Langkutsch, auf Unverständnis. Der geplante Zustimmungsvorbehalt für Vorstandsdienstverträge gehe in die völlig falsche Richtung, die Koalition müsse von ihren Plänen wieder abrücken. „Die Kassen brauchen nicht mehr Aufsicht, sondern mehr Freiräume“, so Langkutsch.

Von der Krankenversicherung und ihrer Selbstverwaltung verlange man, durch unternehmerisches Handeln eine effiziente und patientenorientierte Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Gleichzeitig entziehe man ihr die dazu notwendigen Entscheidungskompetenzen, so zuletzt die Beitragssatzautonomie, und enge ihre Handlungsspielräume immer weiter ein.

Genauso abwegig sei es, Krankenkassen auch noch darauf zu verpflichten, Mietverträge dem BVA vorab vorzulegen, wenn die anzumietende Fläche 10.000 qm überschreitet und eine Mietdauer von mehr als zehn Jahren fest vereinbart werden soll. Langkutsch: „Wenn wir jeden Vorstands-, Versorgungs- oder Mietvertrag vorher bei der Aufsicht einreichen müssen, ist der Wettbewerb um optimale Versorgungslösungen bald gänzlich erlahmt, und die Gesundheitsbürokratie feiert fröhliche Urständ.“

Kontakt:

BARMER GEK Pressestelle

Axel-Springer-Straße 44
10969 Berlin

Telefon: 0800 33 20 60 99 14 01

Telefax: 0800 33 20 60 99 14 59

E-Mail: presse@barmer-gek.de

Internet: www.barmer-gek.de/presse

Athanasios Drougias (Ltg.)

Telefon: 0800 33 20 60 99 14 21

E-Mail: athanasios.drougias@barmer-gek.de

Dr. Kai Behrens

Telefon: 0800 33 20 60 44 3020

E-Mail: kai.behrens@barmer-gek.de

barmer gek